„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.00; sechs Monate, $1.00; drei Monate 50 Cents — bei Vorausbezahlung.
Für Ver. Staaten: Ein Jahr $3.00; sechs Monate $1.50.
Für übriges Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00.
Reklame kostet 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechenden Abzug.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Einwanderungsquote für Mittel- und Südosteuropa.

Nach einer im „Courier" mitgeteilten Erklärung des canadischen Einwanderungsministers Hon. Robert Forke soll heuer die Einwanderung aus den nicht bevorzugten Ländern Mittel- und Südosteuropas auf ein Drittel der Einwanderungsziffer des Jahres 1928 beschränkt werden.

Auf den ersten Blick muß diese in Brandon, Man., gemachte Aeußerung des canadischen Einwanderungsministers ohne Zweifel von weiten Kreisen der Fremdgeborenen in Canada, die auf eine Fortdauer der bisherigen Verhältnisse bis zum Ablauf des mit den canadischen Eisenbahnen abgeschlossenen Vertrages gerechnet hatten, als eine bittere Enttäuschung empfunden worden sein. Sofort wurden Stimmen laut, die Regierung in Ottawa habe dem Drängen des anglikanischen Bischofs Lloyd von Prince Albert, der eine Art Quotasystem usw. forderte, und dem Drucke der Londoner Regierung nachgegeben, die in Anbetracht der bevorstehenden britischen Wahlen und des Elends in den britischen Arbeiterkreisen zu irgendeinem entscheidenden Schritte gezwungen sei.

Richtig ist, daß das scharfmacherische Vorgehen des genannten anglikanischen Bischofs gegen die Einwanderung von Nichtbriten in gewissen loyalistischen und nationalfanatischen Kreisen ein kräftiges Echo gefunden hat, kräftiger als viele unserer Freunde ahnen. Zutreffend ist auch, daß die britische Regierung in London vor einem sehr ernsten Problem und einer kritischen Situation steht, soweit die rapid fortschreitende Verelendung der arbeitslosen Volksmassen in England und Wales in Frage kommt; eine nationale Katastrophe liegt im Bereiche der Möglichkeit, wenn der untätige Bevölkerungsüberschuß nicht bald irgendwo abgesetzt wird. Die Entsendung der 8000 britischen Bergleute zur Erntearbeit nach Canada, wo allerdings nur 1500 von ihnen hängen geblieben sind, war der erste praktische Fühler, den man von London aus in dieser Beziehung nach Canada ausgestreckt hat. Nun soll die britische Auswanderungsbewegung in noch größerem Maßstabe und unter Aufwendung von noch reichlicheren Finanzmitteln betrieben werden. Für diese Briten muß im canadischen Westen eine Unterbringungsmöglichkeit geschaffen werden. Eine starke Einwanderung aus mittel- und südosteuropäischen Ländern würde aber den zu erwartenden Massen von englischen Arbeitslosen hindernd im Wege stehen. (Mit Rücksicht darauf möchten wir unseren deutschen Einwanderern den guten Rat geben, sich heuer recht frühzeitig um Farmstellen umzusehen, bevor der Westen von den einwandernden Engländern überschwemmt wird.)

Es soll hier nicht näher untersucht werden, inwieweit die von gewissen Seiten geäußerten Meinungen über die Motive der canadischen Regierung zutreffen oder nicht, ob man wirklich in Ottawa eine Ueberfremdung des Westens infolge der Besiedlung mit Nichtbriten befürchtet und ob der angedeutete starke Druck von London aus zu den Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiete der mittel- und südosteuropäischen Einwanderung wesentlich beigetragen hat. Was uns besonders interessiert und als Deutsche interessieren muß, ist die unbestreitbare Tatsache, daß tüchtige deutsche Volksgenossen in der Tschechoslowakei, in Oesterreich, Jugoslawien, Rumänien, Polen, Ungarn, Rußland usw. unter der Einwanderungsbeschränkung zu leiden haben werden. Wohl ist die bittere Pille dadurch etwas verüßt worden, daß nunmehr bekannt wird, die Beschränkungsverordnung gelte nur für die ledigen Einzeleinwanderer, während die Einwanderung von ganzen Familien aus den betreffenden Ländern auch weiterhin ohne sonderliche Schwierigkeit vor sich gehen werde, ebenso die Einwanderung jener, deren Blutsverwandte in Canada die Immigrationserlaubnis für sie erwirkten. Eine diesbezügliche amtliche Erklärung ist uns bis jetzt noch nicht zugegangen, doch scheint nach Aussage einiger Männer, die in der Frage besonders bewandert sind, die Darlegung des Sachverhalts richtig zu sein. Unberührt bleibt ferner, die Einwanderung aus Deutschland, das zu den bevorzugten Ländern zählt. Aber bedauerlich und beklagenswert bleibt es dennoch, daß unsere deutschen Brüder in den mittel- und südosteuropäischen Ländern mit den dort lebenden Serben, Russen, Rumänen, Tschechen und Slowaken in einen Topf geworfen werden.

Das sollte verhütet werden, wenn es praktisch durchführbar wäre; denn die dort lebenden Deutschen sind in ihren neuen Heimatsländern seit Jahrzehnten und Jahrhunderten die eigentlichen Pioniere der Zivilisation und die Träger einer höheren Kultur gewesen. Heute freilich werden sie zum Danke dafür von ihren neuen staatspolitischen Herren unterdrückt und schikaniert. Sie sehnen sich nach einem freieren Leben und nach dem Aufbau einer neuen wirtschaftlichen Existenz. Beides könnte ihnen in Canada zuteil werden. Dasselbe gilt auch für unsere unter dem italienischen Joch leidenden deutschen Brüder in Südtirol. Warum will man diesen kerndeutschen, arbeitsamen und genügsamen Volksstamm mit den Italienern auf eine Stufe stellen, obwohl die deutschen Südtiroler zu einer ganz anderen Rasse als ihre italienischen Zwingherren gehören?

Hier liegen Widersprüche vor, die beseitigt werden sollten, indem man alle Deutschstämmigen ohne Unterschied ihrer Herkunftsländer in die bevorzugte Einwandererklasse in Canada einreiht. Die große Masse der deutschen Pioniere und Ansiedler im canadischen Westen stammt aus den mittel- und südosteuropäischen Gebieten. Haben sie sich nicht ausgezeichnet bewährt, eignen sie sich nicht vorzüglich für die canadische Farmwirtschaft, sind sie nicht gute Bürger Canadas? Ist man sich darüber in Ottawa auch vollkommen klar oder hat man nur eine sehr verschwommene Vorstellung von den deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa? Wir wollen gerne zugeben, daß sich einer Auswahl von Deutschstämmigen aus anderen Nationalitäten manche und vielleicht sogar nicht geringe Schwierigkeiten in den Weg stellen würden. Viele, die gerne nach Canada auswandern möchten, aber gar nicht zum Deutschtum zählen, würden auf einmal auch deutsch sein wollen. Ferner soll nicht verkannt werden, daß eine so unterschiedliche Behandlung von Staatsbürgern eines Landes auch zu diplomatischen Unzuträglichkeiten führen könnte. Die serbische oder rumänische Regierung würde wahrscheinlich in Ottawa anfragen, ob man vielleicht die Deutschen von Jugoslawien oder Rumänien als bessere und tüchtigere Bürger ansehe als etwa die reinrassigen Serben und Rumänen.

Unser Bestreben sollte jedenfalls unbedingt darauf gerichtet sein, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alle Deutschen ohne Unterschied ihrer Herkunftsländer nach Canada zu bringen, die wir hereinbringen können. Eine besondere Aufgabe wird dabei in erster Linie unseren deutschen Einwanderungsorganisationen sowie auch allen jenen obliegen, die für die canadischen Farm- und Lebensverhältnisse geeignete Verwandte und Freunde in Europa haben und ihnen vielleicht finanziell unter die Arme greifen können, damit ihnen die Ueberfahrt und die Ansiedlung in Canada erleichtert wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben bewiesen — das kann gar nicht oft genug betont werden — daß unsere deutschen Freunde aus Rußland, dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn, aus dem heutigen Polen, Jugoslawien, Rumänien usw. sich auf der westcanadischen Prärie als mustergültige Farmer, tüchtige Familienväter und ehrliche Menschen bewährt haben. Warum sollte man dann die Landsleute dieser deutschen Volksgenossen in Zukunft großenteils ausschließen?

Amerikas Zustimmung zum Kellogg-Pakt.

Der amerikanische Bundessenat hat den Kellogschen Kriegsächtungspakt mit 85 gegen 1 Stimme ratifiziert. Der einzige Senator, der gegen die Ratifizierung stimmte, war Senator Blaine, Republikaner von Wisconsin. Neun Senatoren waren abwesend, doch wurde erklärt, daß keiner von ihnen ein Gegner des Paktes war.

Bevor Senator Borah den Antrag auf Abstimmung stellte, war jener Gruppe, die auf einer „den amerikanischen Standpunkt auslegenden Erklärung bestand", ein Zugeständnis gemacht worden, indem das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten dem Senat einen Bericht vorlegte, in welchem die Ansicht des Komitees ausgesprochen wurde, „daß der Kriegsächtungspakt das Recht keiner Nation auf Selbstverteidigung beeinträchtige und daß die Monroe-Doktrin als ein Teil der Sicherheit der Vereinigten Staaten und als ein Teil des Verteidigungssystems desselben betrachtet werde."

Komiteeobmann Borah hatte sich mit dieser Erklärung unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß sie nicht als Vorbehalt zu gelten habe. Er selbst verlas den Bericht, der nicht zur Abstimmung kam und einfach protokolliert wurde. Eine Mitteilung des Berichtes an die Mächte, die sich dem Kellogg-Pakt anschlossen, ist nicht beabsichtigt.

Senator Blaine verlangte dann, daß über seinen Resolutionsantrag abgestimmt werde, nach dessen Wortlaut der Senat erklären sollte, daß die von Großbritannien in einer den Signaturmächten des Paktes vor dessen Unterschrift zugegangenen Note sich vorbehaltene Handlungsfreiheit in Territorien des britischen Reiches oder dessen Einflußsphäre nicht als ein Vorbehalt zum Pakt angesehen werde.

Gerade als Senator Blaine seinen Antrag mit einer kurzen Ansprache begründete und vor der nach seiner Behauptung von Großbritannien angestrebten „Weltvorherrschaft" warnte, betrat der britische Botschafter Sir Esme Howard die Diplomatenloge der Galerie.

Der Blainesche Antrag wurde ohne namentliche Abstimmung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, nachdem Senator Borah erklärt hatte, daß eine solche Resolution unnötig wäre und die der Unterzeichnung des Paktes vorangegangenen Korrespondenzen Großbritanniens und anderer Länder nicht als Vorbehalte angesehen würden.

Mohammedaner gegen türkische Reformen.

Die Mohammedaner von Bulgarien, Jugoslawien, Mazedonien und Griechenland haben ein festes Bollwerk gegen die Flut der Reformierung gebildet, die sich von der Türkei her nach dem Balkan vorwärtswälzt.

In all diesen Ländern verweigern sie die Annahme christlicher Gebräuche, und keines der Länder hat bisher versucht, sie ihrer Ausnahmestellung als Angehörige einer fremden Rasse zu berauben.

Vorschläge der Regierung in Angora an die bulgarische Regierung für einen gegenseitigen Bevölkerungsaustausch haben die über 600,000 Mohammedaner im Lande in größte Erregung versetzt, und bevor die Regierung die Angelegenheit beraten konnte, kamen schon Proteste gegen die Ueberführung der Mohammedaner in ihr Mutterland, wo Fez und Schleier abgeschafft sind und auch die Religion nicht mehr die Rolle spielt wie früher.

Eine Kommission von Mitgliedern des türkischen Parlamentes unternahm kürzlich eine Reise durch Bulgarien und wurde überall von den dortigen Mohammedanern feindlich empfangen, die die Reformen von Kemal Pascha offen verdammen.

Ein maßgebender Beamter des bulgarischen Auswärtigen Amtes erklärte vor einiger Zeit, daß gute Beziehungen mit der Türkei herrschen, solange Mustapha Kemal nicht versuchte, die bulgarischen Mohammedaner zu Reformen zu beeinflussen, die sie nicht wünschten.

Weltumschau

Deutsche Finanzschwierigkeiten. Einen harten Kampf dürfte es im Deutschen Reichstag setzen, wenn der Nachtrags-Etat zur Debatte gestellt wird. Das Reich ringt mit einem Defizit von etwa 600 Millionen Mark, dessen Deckung durch den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding versucht wird. Hilferdings Vorlage, die neben anderem eine Erhöhung der Bier- und Spirituosen-, der Kapital- und der Erbschaftssteuer vorsieht — von der Aufnahme einer Inlandanleihe ist Abstand genommen worden, da frühere ähnliche Versuche sich gewöhnlich als halber Fehlschlag erwiesen haben — liegt vor und findet selbst in den Kreisen der Regierungsparteien wenig Gegenliebe. Es heißt sogar, mit einer Ablehnung derselben durch den Reichsrat sei zu rechnen. Falls sich diese Annahme als richtig erweisen sollte, so würden dem Reichstag zwei Vorlagen zugehen, was natürlich die Lösung dieses Steuerprogramms noch schwieriger gestalten müßte.

Frankreich und Saargebiet. Das Saargebiet ist in den letzten Jahren ein so wichtiger Faktor im französischen Wirtschaftsleben geworden, daß französische Politiker es unternommen haben, eine lebhafte Kampagne zu führen, um den französischen Einfluß zu stärken und die deutsche Propaganda zu vereiteln, bevor die Volksabstimmung in sechs Jahren die Nationalität des Gebietes bestimmt.

„Der Französische Verband für das Saargebiet", eine wichtige Vereinigung französischer Industrieller und Politiker, nahm kürzlich eine Resolution an, daß seine Delegaten „auf die Regierung rechnen, daß sie den Respekt für die Rechte sichert, die Frankreich unter dem Vertrage von Versailles im Saargebiet besitzt, und daß sie sie, wenn nötig, energisch verteidigt".

Fünf Millionen der 25 Millionen Tonnen Kohle, die Frankreich jährlich einzuführen gezwungen ist, kommen jetzt aus dem Saargebiet, und ohne diese Zufuhr würde das Land für die Kohle Weltmarktpreise bezahlen müssen. Andererseits ist das Saargebiet der sechstgrößte Kunde Frankreichs und führt jährlich für 80,000,000 Franken französische Waren ein.

Im Jahre 1934 findet im Saargebiet die Volksabstimmung statt, in der die Frage der Vereinigung mit Frankreich oder der Rückkehr des Gebietes nach Deutschland entschieden werden soll. Kein Artikel des Versailler Vertrages sieht die Rückkehr des Gebietes an Deutschland vor 1935 vor.

Briand über Kelloggpakt. Aristide Briand, der französische Außenminister und Mitverfasser des Kellogg-Paktes für die Verfemung des Krieges, vertrat den Vertrag im französischen Senat und erklärte, daß er einen großen Schritt in der Richtung zum Weltfrieden bedeute.

Gegner des Vertrages im amerikanischen Senate hätten erklärt, daß der Vertrag die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter die Herrschaft des Völkerbundes brächte, sagte der Minister, während seine Feinde im französischen Senate behaupten, er würde den Ruf des Völkerbundes schädigen. Man solle sich dabei auf die Mittellinie einigen und feststellen, daß der Kellogg-Pakt keins der Dinge tue, die ihm nachgesagt würden.

Diese Erklärung Briands erfolgte auf einen Angriff des Senators Henri Lemery von Martinique, der gesagt hatte, der Vertrag stünde in direktem Gegensatz zur Monroe-Doktrin, worauf ihm der Minister ironisch geantwortet hatte, daß er sich der Doktrin in einer Weise annähme, die die Herzen aller Amerikaner rühren würde. Er sei froh, daß er den Kellogg-Pakt unterzeichnet habe, denn dabei handelt es sich nicht um den Frieden in Amerika, nicht um den Frieden in Europa, sondern um den Frieden auf der ganzen Welt.

Während der Senat den Kellogg-Pakt diskutierte, bewilligte die Abgeordnetenkammer die Mittel für den Bau eines Kreuzers, von sechs Zerstörern, sechs Torpedobooten der Klasse I. und einem Unterseeboot-Minenleger. Dies ist das französische Marineprogramm für 1929, das dem Washingtoner Abkommen entspricht.

Baron von Skoda gestorben. In Wien ist der berühmte deutschböhmische Kanonen-Fabrikant Baron Karl von Skoda, dessen Geschütze im Weltkrieg eine so hervorragende Rolle spielten, im noch nicht vollendeten 51. Lebensjahre gestorben. Er war am 29. Juni 1878 in Pilsen geboren als Sohn des Ritters Emil von Skoda, der dort 1869 die Skodawerke, eine Aktiengesellschaft zur Erzeugung von Stahlguß, schweren Schmiedestücken, Geschützen, Kriegsmaterial aller Art, Kesseln und Lokomotiven gegründet hatte. Sein Sohn Karl, der die Werke erbte und erweiterte, hatte sich seine technische Vorbildung für die Fabrikleitung durch Studien an der Technischen Hochschule in Stuttgart angeeignet, die ihn später zum Ehren-Doktoringenieur ernannte. Er brachte in seiner Geschützfabrik die 30½ Zentimeter-Mörser und die 38½ Zentimeter-Haubitzen heraus, und die von ihm den Oesterreichern gelieferten Mörser-Batterien entschieden im Weltkrieg den Fall der Festungen Lüttich, Antwerpen und Maubeuge. Zum Lohn dafür ernannte ihn Kaiser Franz Joseph handschriftlich zum Baron.

Nach dem Weltkrieg, im Jahre 1919, zwang ihn die tschechische Regierung unter französischem Druck seinen Aktienbesitz der Skodawerke zu verkaufen. Die Aktien gingen auf Umwegen großenteils in den Besitz der französischen Geschützfabrik Schneider-Creuzot über. Der Verstorbene war während des Weltkrieges auch an einer ungarischen Geschützfabrik großen Stils beteiligt.

Unter serbischer Diktatur. Die neue Belgrader Militärregierung hat dem „Berliner Tageblatt" und dem „Pester Lloyd" das Postdebit Südslawiens entzogen und den Verkauf der beiden Zeitungen in Südslawien verboten. Der Beweggrund für dieses Verbot ist, daß die beiden Blätter ungünstige Meldungen über die neue Militärdiktatur veröffentlicht haben. In Uschkub wurden zwei in türkischer Sprache erscheinende Blätter kurzerhand unterdrückt.

Die Agramer Polizei nahm bei einer Anzahl von Personen, die kommunistischer Umtriebe verdächtig waren, Haussuchungen vor und nahm eine Frau und sechzehn Arbeiter und Studenten in Haft. Eine Anzahl Maueranschlagszettel mit der Aufschrift: „Südslawische Kommunistenpartei" wurden beschlagnahmt.

In Belgrad erschien ein Erlaß des Königs Alexander, in welchem weitere Ministerernennungen bekannt gegeben werden. Der frühere Belgrader Bürgermeister Kosta Kapmadija, der auch einmal Unterrichtsminister war und dem Belgrad in den beiden vergangenen Jahren bessere Straßenpflasterung und sonstige städtische Verbesserungen verdankte, ist zum Post- und Telegraphenminister ernannt und wird vorläufig auch den erkrankten Außenminister Wodschislow Marinkowitsch vertreten. Der Kroat Dschelimir Mosurawitsch ist zum Handelsminister ernannt und der bereits früher ernannte Landwirtschaftsminister Frangesch, der ebenfalls Kroat ist, ist auch Mitglied der Kommission für Hebung der Landwirtschaft geworden.

Auflösung serbischer Parteien. Den Höhepunkt der Entwicklung des von König Alexander geschaffenen neuen Regimes in Jugoslawien bildete die Ankündigung der Reform der politischen Parteien, der Auflösung der serbischen Nationalpartei und der kommunistischen Syndikate. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß alle völkischen und religiösen Parteien verboten werden.

In diplomatischen Kreisen sieht man Anzeichen dafür, daß die Regierung nach Beseitigung der alten Parteien mit ihrem ewigen Hader eine neue Regierungspartei gründen dürfte, wie sie in Ungarn seit sieben Jahren die Regierung von Graf Bethlen unterstützt oder in Italien Mussolini seit sechs Jahren im Amte hält.

Andererseits verursacht die Vernichtung aller alten Grundlagen des politischen Systems in manchen Kreisen Beunruhigung und es heißt, daß zwischen dem Ministerpräsidenten General Zivkowitsch und dem früheren Premier Ouzonowitsch, der als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett angehört, bereits Reibungen entstanden sind. Der letztere soll den General darauf aufmerksam gemacht haben, daß eine Aenderung der Gesetze über Nacht den bestehenden Bau der Jurisprudenz erschüttern und Chaos schaffen könnte.

Russischer General ermordet. General Jakob Alexandrowitsch Slaschow, ein ehemaliger Zarist und Kommandeur von „weißen" Truppen, der während der letzten sechs Jahre eine hohe Stellung in dem Sowjet-Armeekommissariat einnahm, wurde in Moskau in seiner Wohnung ermordet. Die Zeitung „Komsomolskaya Pravda" sagt in einem Bericht über die Mordtat, daß ein unbekannter Mann die Wohnung des Generals betrat und ihn durch mehrere Schüsse tot niederstreckte. Der Täter entkam. Das Hauptorgan der Sowjet-Armee, „Krasnaya Swedda" (Roter Stern), erklärt, persönliche Rache sei das Motiv der Tat gewesen.

General Slaschow war 1922 aus Konstantinopel, wohin er sich nach dem Zusammenbruch der „weißen" Wrangel-Armee geflüchtet hatte, nach Rußland zurückgekehrt und erhielt die Leitung der taktischen Lehrkurse des Sowjet-Generalstabes. Trotz zahlreicher Berichte von seiner Grausamkeit im Krim-Feldzuge des Generals Denikin, wurde er im Dienste der Sowjets mit verschiedenen militärischen Aufgaben betraut, die er gewissenhaft erfüllte.

Slaschow begann seine militärische Laufbahn 1902 in der Zarenarmee. Während des Weltkrieges befehligte er 1916 das Moskauer Garderegiment und spielte später eine hervorragende Rolle in den „weißen" Kreisen, die eine Zeitlang die Bolschewiki bekämpften. Kürzlich veröffentlichte er ein bedeutendes militärisches Werk, betitelt „Allgemeine Taktik".

Aufruhr in Adelaide. Achthundert Hafenarbeiter nahmen mit Unterstützung von 50 Frauen an einem ernsten Aufstande im Hafen Adelaide (Australien) teil. Nach einstündigem Kampf wurde die Demonstration durch Schutzleute und berittene Polizei auseinandergetrieben. Mehrere Polizeibeamte und Aufständische wurden verletzt. Viele der Demonstranten erhielten Verletzungen durch Gummiknüppel. Der Aufstand war eine Folge des kürzlichen Streiks in den Hafenanlagen und Docks, der, obwohl er offiziell geregelt und beigelegt ist, dennoch Rückschläge in australischen Häfen zur Folge hat, wo organisierte Hafenarbeiter häufig Freiwillige angreifen, die deren Stellen eingenommen haben.

Der Zusammenstoß in Port Adelaide begann, als der Pöbel einen Massenangriff auf eine Gruppe freiwilliger Arbeiter unternahm, die mit der Beladung eines Dampfers beschäftigt waren und plötzlich von den Angreifern mit Steinen bombardiert wurden. Die Polizei verhinderte einen Versuch, der von dem Pöbel unternommen wurde, um ein einem Auslader gehöriges Auto, der mit den Freiwilligen zusammenarbeitete, in den Hafen zu stürzen.

Um den Nachfolger des Großfürsten Nikolaus.

Großfürst Alexander von Rußland äußerte in Chicago in einer Erklärung in Verbindung mit Pariser Nachrichten, denen zufolge die Wahl seines Sohnes, des Prinzen Nikita, als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Großfürsten Nikolaus und als Thronanwärter auf den russischen Thron bekanntgegeben wurde, daß er den Meldungen keinen Glauben schenken könne.

Erstens käme keine Wahl für den Thron in Frage, da es nicht die Wahl von Seiten einer Gruppe, sondern die Wahl eines ganzen Volkes sei, die ausschlaggebend ist. Großfürst Cyril sei Nachfolger und Anwärter für den Thron, äußerte der Genannte weiter. Er selbst habe sich zum Zaren proklamieren lassen mit der Behauptung, daß er der allernächste Thronanwärter sei, und es sei unmöglich, zwei Zaren zugleich einzusetzen. Großfürst Nikolaus habe sich niemals als Zar ausgegeben. Er war Führer der weißen Bewegung und da sein Sohn Nikita Mitglied der weißen Gruppe gewesen sei, so sei er, Großfürst Alexander, sicher, daß er wahrscheinlich nur zum Führer, aber nicht zum Zaren der Gruppe erwählt worden sei.

Großfürst Alexander bemerkte weiter, daß er der zwölfte Anwärter sei, der für die Thronfolgetrage eventuell in Frage käme, während Nikita, sein fünfter Sohn, demnach erst als 17. Thronanwärter in Frage komme.

Die Aktion des russischen monarchistischen Hohen Rates in Paris bezüglich der Wahl des Prinzen Nikita als Nachfolger des verstorbenen Großfürsten Nikolaus und zum Thronanwärter auf den russischen Thron kommt dem Prinzen anscheinend sehr überraschend und unerwartet. Jedoch hat Nikita, der erst 28 Jahre alt ist, die Wahl mit größtem Ernst angenommen.

Sowjetregierung und gefälschte Dokumente.

Die Sowjetregierung hat Senator Borah, Idaho, ihre Mitarbeit bei der Untersuchung versichert, durch die der Urheber gefälschter Dokumente festgestellt werden soll, aus denen hervorging, daß Borah und Senator Norris, Nebraska, angeblich je $1,000,000 von Rußland für ihre Bemühungen erhielten, die Anerkennung der Sowjets durch die Regierung der Ver. Staaten durchzusetzen.

Boris E. Skvirsky, der New Yorker unoffizielle Vertreter der Sowjets, übermittelte Senator Borah ein Kabel, das Maxim Litvinoff, der stellvertretende Außensekretär der russischen Regierung absandte, und in dem bestritten wird, daß irgendein Beamter der Sowjetregierung mit der Fälschung irgendwie in Zusammenhang stehe.

„Die Sowjetregierung ist bereit," kabelte Litvinoff, „in jeder nur möglichen Weise bei der Untersuchung über die gesamte Angelegenheit behilflich zu sein." Als Senator Borah durch den eingesetzten Senatsuntersuchungsausschuß über die gefälschten Dokumente unterrichtet worden war, brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich das amerikanische Staatsdepartement mit der Sowjetregierung in Verbindung setzen werde, um die Fälscher ausfindig zu machen, die, wie man annimmt, in Paris ansässig sind.

Senator Reed (rep., Pennsylvania), Vorsitzender des Komitees, das die russischen „Dokumente" gründlich studierte, erklärte, „Grund zu der Annahme" zu haben, daß eine Schreibmaschine, die früher in der Pariser Sowjetbotschaft verwendet wurde, zur Herstellung der zweifelhaften Dokumente benutzt worden ist.

„Es handelt sich um eine vollkommene Fälschung", heißt es in Litvinoffs Kabel. „Unsere Pariser Botschaft hat keine derartigen Dokumente. Die Vermutung, daß ein Angestellter der Botschaft in die Angelegenheit verwickelt sei, kann als gänzlich außer Frage beiseite gelegt werden. Weder ein gegenwärtig noch ein früher beschäftigter Angestellter unserer Botschaft hatte irgendetwas mit den Fälschungen zu tun."

Kampf in der Welt Mohammeds

Widerstände der „Gläubigen" gegenüber den „Reformern".

Von Dr. K. Streckenbach-Bukarest.

„Wenn hinten, weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen ...", so steht es noch im „Faust"; für uns heute ist zwar die Türkei recht nahe gerückt, soweit es sich um Konstantinopel, sogar u die neue Hauptstadt Angora handelt — was aber an ihren östlichen Grenzen vorgeht und was sich in du Ländern abspielt, die bis in den Weltkrieg hinein zu ihr gehörten, das ahnen wir doch nur sehr entfernt.

Als vor einiger Zeit der afghanische König sich nach Europa begab, begleitet von seiner Frau, die uns als moderne, modernste Muselmanin vorgestellt wurde, da schien es, als sollte uns nun dieser König aus dem fernen Morgenland sogar jenes Stück Zentralasien näher bringen, über das er herrscht. Und doch liegt es uns nach wie vor unendlich fern; wir können kaum erfassen, was heute dort vorgeht und vermutlich noch lange vorgehen wird.

Es spielen sich heute bekanntlich innenpolitische Kämpfe in Afghanistan ab, die auf die reformerischen Absichten des Königs zurückzuführen sind: der Islam, der orthodoxe muselmanische Glaube, sträubt sich dagegen, daß die in der Türkei von Mustafa Kemal eingeführten Reformen weiter um sich greifen. Und ganz deutlich zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß dieser innere Kampf des Islams immer weitere Gebiete umspannt! Durch die muselmanische Welt, Jahrhunderte einig und fest, geht ein Riß! Dieser Riß kann ungeahnte politische Folgen haben!

Wir wissen durchaus nichts Genaues über das, was sich sogar im türkischen Staate heute abspielt, wir wissen nichts Genaues über die Vorgänge in den Ostprovinzen, aber wir wissen, daß es dort Unzufriedene gibt, die der starken Regierung von Angora viel zu schaffen machen. Jeder Einsichtige wird der aus so vielen Kämpfen und heldenmütigem Vorgehen entstandenen türkischen Republik wünschen, daß sie von allen schwierigen Zwischenfällen verschont bleiben möge, aber er wird doch nicht an der Tatsache vorübergehen dürfen, daß wir ja nicht einmal ahnen, wieviele Gegner die Reformtürkei in ihren eigenen Grenzen zählt. Wir wissen nur von unzufriedenen, den Islam in allen seinen Geboten festhaltenden Stämmen im Osten, wir wissen aber nicht, wieviele religiöse Fanatiker sich in den Hauptorten, in Konstantinopel sogar, aufhalten. Niemand wird glauben, daß der gewaltige Einfluß der großen Derwischorden vollkommen gebrochen ist, niemand wird glauben, daß ungerechnet die jenseits der türkischen Grenzen, auf griechischem Boden, lebenden Türken ganz allein Gegner der türkischen Reformen sind, an Schleier, Fes und Turban festhalten.

Diese, jenseits des eigentlichen Staatsgebietes lebenden Türken, erklären offen immer wieder ihre Gegnerschaft, weisen krampfhaft und sarkastisch jede Gemeinschaft mit der „ketzerischen" Türkei von heute zurück, und sie haben — nicht als Türken, sondern als Muselmanen — die besten Helfer und Freunde bis weit nach Asien hinein: die arabische und kurdische Welt sträubt sich mit aller Macht gegen geistliche Reformen aller Art, die ohne weiteres ganz bedeutende politische Reformen mit sich bringen. Wenn es auch denkbar, ja wahrscheinlich ist, daß bei den afghanischen Unruhen die Aufrührer entweder vom benachbarten Rußland oder vom benachbarten Britannien unterstützt werden, so liegt doch die Wurzel aller Erregungen in der Abneigung gegen die ketzerischen Religions- und Staatsreformen. Von Thrazien bis Bagdad, von Mekka bis Indien reichen sich heute die Unzufriedenen die Hände.

Wäre die arabische Welt heute nicht auch politisch gespalten, so hätte ein offener Kampf sich kaum vermeiden lassen; immer deutlicher aber kristallisiert sich die Führerschaft des Wahabitenkönigs Ibn Saud heraus, und es wäre kein Wunder, wenn dieser Mann trotz seines Glaubens (die Wahabiten sind etwa die „Protestanten" unter den Muselmanen) wenigstens eine vorübergehende Einigung der muselmanischen Welt erreichte. Aber selbst eine Teileinheit wird allen Reformern zur Gefahr werden; keine große Volksbewegung läßt sich auf die Dauer militärisch unterdrücken.

Die Epoche der Entscheidung hat eingesetzt. Der Kampf zwischen „Gläubigen" und „Irrenden" hat begonnen. Vorläufig noch in kleinen Teilgefechten, doch immerhin mit ziemlicher Heftigkeit; denn selbst die verbürgten Nachrichten aus Afghanistan, ganz zu schweigen von den tausend Gerüchten, zeigen, daß es keinesfalls leicht sein kann, mit den Rebellen fertig zu werden. Die Hauptthese der „Gläubigen" lautet heute, daß man staatspolitisch und technisch, schulmäßig und zivilisatorisch reformieren könne, ohne auch nur eine einzige Ueberlieferung der Religion Mohammeds anzutasten, eine Behauptung, die immerhin recht schwer zu beweisen sein dürfte. Aber sie wird aufgestellt und zur These erhoben; sie wird heimlich gepredigt da, wo starke Regierer laute Proteste nicht zulassen, sie wird öffentlich gepredigt da, wo die Macht dieser Regierungen aufhört; und durch diese These schiebt man den Kampf bewußt vom politischen Gebiet der Ueberlegung ins religiöse Gebiet der traditionellen Gefühle.

Wer den Staaten der muselmanischen Welt statt sicheren Niedergangs eine Wiedererweckung alter Volkskraft wünscht, wird den Reformern den Endsieg wünschen müssen. Aber unsere Wünsche sind nicht entschei-

(Fortsetzung auf Seite 3)